

Der gläserne Bürger

Orwells Vision wird Realität

Von den meisten Menschen als unterhaltender und spannender Roman empfunden, dessen Inhalt aber nie Wirklichkeit werden würde, ist Orwells Roman „1984“ weltweit bekannt geworden.

Obwohl 1949 veröffentlicht, mithin nur 4 Jahre nach dem Ende einer Diktatur, die gezeigt hatte, wozu ein Staat in der Überwachung seiner Bürger fähig sein kann, glaubte damals und bis heute niemand daran, dass die Vision einer totalen Überwachung Wirklichkeit werden könnte.

Schließlich haben wir doch heute unsere Grundrechte und Datenschutzbeauftragte.

Von vielen wurde dabei aber die Entwicklung der letzten Jahre zu wenig beachtet, die immer mehr in Richtung der Kontrolle aller Bürger ging.

Politiker aller Parteien und fast aller Länder suchten in den Zeiten knapper Haushaltskassen nach Möglichkeiten, alle Schlupflöcher zu schließen und vom letzten EURO der Bürger zu erfahren.

Zunächst lief alles noch unter dem Schlagwort „Steuergerechtigkeit“.

Die große Stunde für die Anhänger der totalen Kontrolle kam mit Häufung der terroristischen Aktivitäten, vor allem mit dem 11. September.

„Terrorismus-Bekämpfung“ hieß das neue Schlagwort.

Durch diesen Deckmantel geschützt und auch in einer Heimlichkeit, die man den Bundestagsabgeordneten gar nicht mehr zutraute, wurde in Deutschland ein Kontrollsystem entwickelt, dass es in den sogenannten „demokratischen“ Staaten sonst nicht gibt.

Die Entwicklung war rasant, nachfolgend nur noch der Schlussakkord:

1. April 2003 Banken und Sparkassen sind verpflichtet, für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Kontendaten ihrer Kunden verfügbar zu machen. Stichwort Kontenevidenzzentrale.

Der Zugriff ist aber noch auf Staatsanwaltschaft, Steuerfahnder und andere Ermittler beschränkt.

1. Januar 2004 Ab 2004 müssen Banken, Sparkassen und Broker eine Jahresbescheinigung mit sämtlichen Erträgen ihrer Kunden erstellen, wobei auch Geschäfte mit Wertpapieren aufgeführt werden müssen.

Die Finanzämter haben einen Anspruch auf Vorlage dieser Bescheinigungen.

1. Januar 2005 Alle privaten und gesetzlichen Rentenversicherer melden der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die ausbezahlten Rentenbezüge.

Die Finanzämter erhalten diese Auskünfte direkt von der Bundesversicherungsanstalt .

1. April 2005 Der Zugriff auf die Kontenevidenzzentrale ist nicht länger den strafrechtlich ermittelnden Behörden vorbehalten.

Finanzämter, Sozialämter und auch die Arbeitsagenturen können nun jederzeit zugreifen, auch ohne einen Anfangsverdacht – nur mal gucken.

1. Juli 2005 22 EU-Staaten tauschen Informationen über Kapitalerträge von EU-Ausländern aus.

Österreich, Belgien, Luxemburg beteiligen sich noch nicht, erheben aber wie die Schweiz und Liechtenstein eine Quellensteuer.

Die verbreitete Ansicht: „Ich habe mir nichts zu Schulden kommen lassen, also muss ich auch nichts fürchten“, ist meiner Meinung nach sehr naiv.

Wenn praktisch jede Behörde ohne Angabe von Gründen und ohne das der Betroffene darüber informiert wird (dies soll wieder geändert werden, ist aber im Augenblick noch nicht so) Auskünfte anfordern kann werden wohl einige unbescholtene Bürger Überraschungen erleben.

Ob jemand gerade geschieden wird, einen Bafög-Antrag gestellt oder Wohngeld beantragt hat, alles wird auch Personen bekannt, die nichts mit der Sache zu tun haben.

Bei der Datenmenge und den heutigen technischen Möglichkeiten sind Missbräuche und Fehler geradezu vorprogrammiert.

Hacker werden demnächst begeistert sein, da alle Daten an einer Stelle griffbereit liegen.

Aber auch nur einfache Verwechslungen auf Grund von Eingabebefehlern werden gehäuft auftreten und erst offenkundig werden, wenn die Behördenmaschinerie, z.B. in Form der Steuerfahndung, in Aktion tritt.

Rechtliche Schritte kann der Betroffene aber nicht einleiten, weil er bei der Abfrage noch gar nicht weiß, dass er Betroffener ist.

Die von den Politikern angekündigten Anfragen beim BaFin haben sich von 2005 auf 2006 verdoppelt.

Der RWGV (Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband) geht von über 100.000 Anfragen in 2006 aus, Trend steigend.

Der nächste Schritt soll am 01.07.2007 erfolgen.

Die längst beschlossene einheitliche Identifikationsnummer wird zugeteilt und demnächst alle ein Leben lang und 20 Jahre darüber hinaus, in allen öffentlichen Bereichen, begleiten.

Dadurch wird dann die Zuordnung und Auswertung der Datenmengen wesentlich schneller möglich sein.

Die gesetzliche Grundlage wurde in der Abgabenordnung verankert.

§ 139 a AO spricht von einem Identifikationsmerkmal

Das Bundeszentralamt für Steuern teilt jedem Steuerpflichtigem zum Zwecke der eindeutigen Identifizierung im Besteuerungsverfahren ein einheitliches und dauerhaftes Merkmal (Identifikationsmerkmal) zu.

Dabei erhalten:

- a) Natürliche Personen eine Identifikationsnummer,
- b) Wirtschaftlich Tätige eine Wirtschafts-Identifikationsnummer.

Das Bundeszentralamt für Steuern speichert dann alle ihm bekannten Daten unter diesen Nummern, gesetzl. Grundlagen § 139 b+c AO ..

Wohin dies noch führen wird weiß niemand, aber es geht immer weiter.

Das kürzlich im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Regelung der Telemedien ist so ein Fall.

Nach außen nicht erkennbar, aber § 5 Telemediengesetz enthält die Verpflichtung, in der Anbieterkennzeichnung auch die Wirtschafts-Identifikationsnummer aufzunehmen.

Auch die Vorschrift im Melderechtsrahmengesetz, dass die „Meldebehörden im Melderegister „für Zwecke der eindeutigen Identifizierung des Einwohners“ diese neue Nummer erfassen sollen, die Korrespondenz zwischen den einzelnen Behörden ist im Gesetz eindeutig vorgeschrieben, lässt aufhorchen.

Die vollkommene Vernetzung rückt immer näher.

Irgendwann so vermutet RA Streck, sei dann das eigentliche Ziel erreicht: „Dann schickt der Fiskus dem Bürger eine fertig ausgefüllte Steuererklärung“ und dieser muss dann nachweisen, dass in den zahllosen vernetzten Datenbanken ein Fehler steckt, der zu der hohen Steuernachzahlung geführt hat - ein schwieriges Unterfangen.

Wie weit die Politik „Kopfmäßig“ im Punkt Überwachung schon ist, zeigt der Entwurf einer EU-Novelle, die unter dem Stichwort Terrorismusbekämpfung kommen soll.

Danach sollen sämtliche Kommunikationsdaten aller Bundesbürger über einen Zeitraum von sechs bis 24 Monate gespeichert werden (Vorratsdatenspeicherung).

Unter Kommunikationsdaten sind dabei alle E-mails, Telefonkontakte, SMS und

der Besuch von Internet-Seiten gemeint.

Das ist aber dann selbst den Datenschützern zu viel, die bisher in der Versenkung waren.

Ob sie noch etwas ändern können, bleibt aber fraglich.

Für die Zukunft muss man mit weiteren Überraschungen rechnen.